D-02 Dringlichkeitsantrag: Kein Deal zu Lasten der Ukraine und Europas

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	28.11.2025
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Für die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ist das Leben im Krieg furchtbar. Sie wünschen sich nichts mehr als Frieden. Sie leiden unter täglichen und nächtlichen Angriffen auf das zivile Leben, die Energie- und Wärmeversorgung. Kindergärten werden angegriffen, Krankenhäuser und Wohngebäude. Menschen sterben, werden verletzt, leiden. Die Ukraine ist das angegriffene Land, sie verteidigt ihr Leben, Freiheit und Demokratie, sie verteidigt auch die Freiheit Europas.

Der kürzlich öffentlich gewordene 28-Punkte-Plan zur Ukraine ist allerdings kein ernsthafter Weg zum Frieden, sondern der offensichtliche Versuch, die Ukraine zu unterwerfen und einen gefährlichen Deal zum Nachteil Europas zu machen. Statt sich glaubwürdig für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, sucht US-Präsident Donald Trump den Pakt mit Kriegsverbrecher Putin. Dieser Pakt würde nicht nur die Zukunft der Ukraine opfern, er wäre ein schlechter Deal zulasten unserer europäischen
Sicherheit: Er stellt die Souveränität der Ukraine in Frage, schwächt sie und würde damit Putins Machtstellung in ganz Europa ausweiten. Gewalt und Aggression würden belohnt. Für die Menschen in den abgetretenen Gebieten gäbe es keinen Frieden. Unterdrückung, Vergewaltigungen, Folter, Raub von Kindern würden legalisiert. Ein brutales Besatzungsregime würde geschaffen. Das Völkerrecht würde verhöhnt. Grundlegende Errungenschaften der KSZE-Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und der NATO-Russland-Grundakte – wie das Recht auf freie Bündniswahl – würden rückabgewickelt.

Es ist schockierend, dass die US-Regierung viele russische Forderungen eins zu eins übernommen hat. Dass die USA die Aussicht auf Business mit Putin über das Schicksal der Ukraine und die Sicherheit Europas stellen, ist eine Attacke auf die regelbasierte Weltordnung und die lange transatlantische Kooperation im Rahmen der NATO. Spätestens jetzt muss uns klar sein, dass die USA kein zuverlässiger Verbündeter Europas mehr sind, dass europäische und US-Interessen nicht zwangsweise Hand in Hand gehen und dass die US-Regierung bereit ist, entgegen europäischen Sicherheitsinteressen zu handeln. Dazu gehören die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

Der Trump-Putin-Pakt legt leider auch die Schwächen Europas offen. Wenn es um den Frieden auf unserem Kontinent geht, sind wir in der Verantwortung, jetzt alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Sicherheit und Freiheit eigenständig schützen zu können. Sich Donald Trump anzudienen, ist dabei keine erfolgversprechende Strategie. Angesichts der Bedrohungen, denen Europa durch die imperialen Ambitionen des Kremls ausgesetzt ist, braucht es eine europäische Sicherheitspolitik, die über Verlautbarungen und Ankündigungen hinausgeht. Es braucht eine umfassende und eigenständige europäische Sicherheitspolitik

innerhalb der Europäischen Union gemeinsam mit Partnern wie Großbritannien und Norwegen.

Begründung der Dringlichkeit

Am 19. November stellte der US-Präsident Trump einen so genannten Friedensplan für die Ukraine vor. Dieser Vorschlag ändert die Dynamik der politischen Lage im Ukraine-Konflikt grundlegend. Dazu wollen wir eine Antwort formulieren, die eine effektive europäische Politik beschreibt.